

Alle sollen Energie sparen. Geht die Politik mit gutem Beispiel voran?

Stand: 18.07.2022 | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Luisa Hofmeier**, Emanuela Sutter



Der Bundestag in Berlin, am Abend hell erleuchtet

Quelle: Getty Images/Ilias Katsouras jr

Bürger und Wirtschaft werden aufgefordert, Energie zu sparen. Doch wie sieht es eigentlich bei Ministerien und Parteien aus? Eine WELT-Umfrage zeigt, wer sich in den vergangenen Jahren um Energie-Effizienz bemüht hat – und wer immer noch mit Öl heizt.

Schneller duschen, die Klimaanlage runterdrehen – und im Herbst weniger heizen. Deutschland ist im Energiesparmodus. Bürger und Wirtschaft sollen ihren Anteil leisten. Doch geht die Politik mit gutem Beispiel voran?

Eine WELT-Anfrage bei Bundesministerien, dem Bundestag sowie Parteien zeigt: Wer in den vergangenen Jahren die Basis für Energieeffizienz legte, profitiert nun. Mehrere Einrichtungen ergreifen zudem kurzfristige Maßnahmen – vielerorts bleibt es aber bei abstrakten Zukunftsplänen.

Klimaanlagen

Die Minimaltemperaturen für Klimaanlagen werden mancherorts hochgesetzt. Laut einer Sprecherin spart das Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne) im Sommer 40 Prozent Energie im Vergleich zum bisherigen Verbrauch, indem die Klimaanlagen, die nur in einem Viertel der Räume vorhanden sind, auf nicht weniger als 26 Grad (<https://welt.de/239926873>) herunterkühlen können. Auch im Umwelt- und Verkehrsministerium sowie in der CDU-Parteizentrale in der Hauptstadt wird es nicht mehr kälter.

Noch heißer könnte es für Bundestagsabgeordnete werden. So hat der Ältestenrat des Parlaments beschlossen, die Minimaltemperatur der Klimaanlagen in Büroräumen auf 26 bis 28 Grad zu erhöhen. Im Plenarsaal sowie in Fraktions- und Ausschusssälen soll die Temperatur bei maximal 24 bis 26 Grad liegen. In beiden Fällen sind das zwei Grad mehr als bisher.

Aus zahlreichen anderen Ministerien heißt es vor allem, man prüfe etwaige Schritte noch. Zudem zeigt sich: Klimaanlagen sind eher Ausnahme als Regel. Im Arbeits- und Sozialministerium von Hubertus Heil (SPD) sind nach Angaben des Hauses Klimaanlagen nur in einigen Konferenzräumen installiert. Ähnlich ist die Lage im Justizministerium. Im Innenministerium gibt es keine klassischen Klimaanlagen. Hier fangen sogenannte Kühldecken Temperaturspitzen ab.

Gar keine Klimaanlagen gibt es im Landwirtschaftsministerium ebenso wie in den Parteizentralen der FDP und der Linken. Dies gilt auch für große Teile des Verteidigungsministeriums – genauer gesagt für 82 Prozent der Räume im Dienstsitz Berlin. „Lediglich in ausgewählten Büroräumen und Besprechungsräumen, in denen aus Gründen der militärischen Sicherheit die Fenster zeitweise nicht geöffnet werden dürfen, existiert eine klassische Klimatisierung durch Splitgeräte“, heißt es dort. In klimatisierten Räumen sei die Temperatur auf 22 Grad eingestellt. Es werde geprüft, inwiefern künftig weniger Energie für Kühlung verbraucht werden könne. Auch im Gesundheitsministerium ist das die grundsätzliche Raumtemperatur.

Wie hält sich die Politik warm?

Ein Großteil der Ministerien heizt mit Fernwärme. Dies trifft auf das Landwirtschafts-, Außen-, Finanz-, Entwicklungs- und Verkehrsministerium zu. Auch in der CDU-Zentrale wird

mit Fernwärme geheizt – zugleich berichtet die Partei, man plane, weitere Solarpaneele auf dem Dach zu installieren.

Unter Fernwärme versteht man grundsätzlich, dass Wärme in einem Kraftwerk produziert und über Rohrleitungen in Gebäude geleitet werden. Dahinter können mit Gas, Kohle oder Öl betriebene Kraftwerke stehen – aber auch Müllverbrennungsanlagen, deren Hitze sich zunutze gemacht wird.

Das Entwicklungsministerium teilt mit, dass zumindest am Standort in Bonn eine Fotovoltaikanlage und eine Wärmepumpe in Planung seien, um den Verbrauch von Fernwärme zu reduzieren.

Im Innenministerium läuft eine „energieeffiziente Geothermie-Anlage“. Grob vereinfacht wird dabei natürliche Erdwärme in ein Gebäude gepumpt. Nur wenn das nicht reiche, greife man auf Fernwärme zurück, heißt es aus dem Innenministerium. Zudem sei in diesem Monat eine [Fotovoltaikanlage \(/finanzen/immobilien/plus237246009/Photovoltaik-Fuer-wen-sich-ein-Solardach-rechnet.html\)](#) auf dem Dach installiert worden. Mit Geothermie wird auch bei den Grünen geheizt, bereits in diesem Jahr soll die Anlage einen Teil und ab kommendem Jahr den gesamten Heizbedarf abdecken. Die Öko-Parteizentrale verfügt ebenfalls über eine Solaranlage.

Auch beim Umweltministerium kommt eine Mischung zum Einsatz. Vor allem die Liegenschaft in Bonn wird mit Fernwärme geheizt, das Haus am Potsdamer Platz in Berlin allerdings auch mit Abwasserwärme. Bei dieser Technik wird Energie aus der Kanalisation gewonnen, beispielsweise mittels einer Wärmepumpe.

In der SPD-Zentrale ist ein Blockheizkraftwerk installiert, eine Vorrichtung, die als vergleichsweise energieeffizient gilt und in der Regel auch Strom liefert – normalerweise kommt sie allerdings nicht ohne fossile Energieträger wie Gas aus. Zu viel produzierte Wärmeenergie werde in einem Pufferspeicher zwischengelagert und könne bei Bedarf abgerufen werden, teilt die Partei mit. Überschüssiger Strom werde ins öffentliche Netz eingespeist. „Wir produzieren seit 2016 zwischen 35 Prozent und 50 Prozent unseres jährlichen Strombedarfs selbst.“

Zudem sind auf dem Dach des Willy-Brandt-Hauses 300 Quadratmeter Solarzellen installiert. Bisher wird der Strom ins öffentliche Netz geleitet – allerdings sind Maßnahmen geplant, damit die SPD die produzierte Elektrizität künftig auch selbst nutzen kann.

Ganz anders geht es dagegen noch im Kanzleramt zu. Dort wird mit Öl geheizt. Allerdings ist ein Update geplant: Spätestens 2024 soll es dort Fernwärme geben.

Wie viel soll geheizt werden?

Das Wirtschaftsministerium plant, durch verschiedene Maßnahmen circa 15 Prozent der Heizenergie einzusparen. Das Kanzleramt erklärt, dass die Raumtemperatur im Rahmen des Arbeitsschutzes abgesenkt werden soll – die Soll-Untergrenze beträgt dabei grundsätzlich 20 Grad. Geradezu seiner Zeit voraus war das Entwicklungsmiesterium. Bereits in der vergangenen Heizperiode hat man den Angaben zufolge eine Absenkung der voreingestellten Raumtemperatur von 21 Grad auf 20 Grad veranlasst. So warm wird es in diesem Winter auch maximal im Verkehrsministerium, im Bundestag, der CDU- sowie der Grünen-Zentrale.

Bei vielen anderen Ministerien bleibt es bisher aber bei vagen Absichtserklärungen. Verteidigungs-, Finanz-, Innen- sowie Justizministerium erklären, man prüfe, inwiefern Einsparungen beim Heizen möglich seien.

Im Auswärtigen Amt setzt man vor allem auf die Eigenverantwortung der Mitarbeiter. Grundsätzlich sei eine Raumtemperatur von 20 Grad eingestellt – individuell könnten Personen drei Grad nach unten oder nach oben regulieren: „Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in diesem Jahr ausdrücklich aufgerufen, die Heizungen in ihren Büros in der Heizperiode auf ein gerade noch komfortables Mindestmaß herunterzustellen“, heißt es.

Licht und Warmwasser

Habecks Wirtschaftsministerium hat die Fassadenbeleuchtung außer Funktion genommen, das Umweltministerium hat die Außenbeleuchtung zumindest reduziert. Im Landwirtschaftsministerium wurden Bewegungsmelder installiert, um den Stromverbrauch zu reduzieren.

Bei der CDU hingegen hat man sie auf den Fluren gleich ganz abgestellt. Im Bundestag wird vor allem das Licht in Hallen und Sälen reduziert. Aus mehreren Ministerien heißt es zudem, man wirke in Sachen Beleuchtung auf Mitarbeiter ein. Zudem gebe es auch eine sicherheitsrelevante Beleuchtung, die man nicht einfach ausschalten könne.

Beheiztes Trinkwarmwasser ist generell kaum ein Thema – in vielen Ministerien gibt es kein Warmwasser auf den Toiletten, sondern vor allem in Teeküchen. Im Bundestag gab es in den Waschräumen bisher Warmwasser – dort, wo dazu Durchlauferhitzer in Betrieb sind, werden diese abgestellt. In Gebäuden mit zentraler Warmwasserbereitung sei dies aus hygienischen Gründen nicht möglich. Auch in Teeküchen bleibt warmes Wasser vorhanden.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239977969>